

4. Österreichische Präventionstagung

Univ.-Prof. Dr. Richard Horst Noack, PH.D.

Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Herausforderungen für die Gesundheitspolitik

Die österreichische Gesundheitspolitik hat sich in den letzten Jahrzehnten auf mehrere große Felder konzentriert: Ausbau medizinischer und pflegerischer Versorgungsangebote, Begrenzung des Kostenwachstums im Spitalsektor, Pflegegeldregelung für die familiäre Betreuung behinderter und alter Menschen, Verabschiedung eines modernen Gesundheitsförderungsgesetzes, die Einführung von Zuzahlungen insbesondere für medizinische Leistungen und Arzneimittel. Zwar wurden sozial schwache Gruppen von Zuzahlungen ganz oder teilweise ausgenommen, die soziale Ungleichheit vor Krankheit und vorzeitigem Tod war jedoch kein Thema staatlicher Gesundheitspolitik. Dafür gibt es mehrere Gründe, im Vordergrund steht die Dominanz einer engen Perspektive öffentlicher Gesundheit (Public Health), die sich weitgehend am biomedizinischen Krankheitsmodell und dem Risikoansatz präventiver Vorsorge orientiert.

Der Beitrag setzt sich mit zwei Fragen auseinander:

- Inwieweit könnte die Gesundheitspolitik zur Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit beitragen?
- Welche gesundheitspolitischen Strategien und Maßnahmen wären geeignet, diesem Ziel näher zu kommen?

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen erfolgt auf der Grundlage eines allgemeinen Politikmodells. Danach werden politische Strategien und Maßnahmen im Rahmen komplexer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse entwickelt und begründet, die wesentlich von den bevorzugten Politikgehalten abhängen. Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheiten ist eine weite Perspektive kollektiver Anstrengungen im Gesundheitssystem. Leitziele müssen nachhaltige Programme zur Verbesserung der Lebens- und Gesundheitschancen und zur Stärkung der Lebenspotentiale und Gesundheitskompetenzen vor allem der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen sein: Strategien und Maßnahmen, die mehr wirtschaftliche Sicherheit, mehr soziale Integration und Partizipation, gesündere Lebensstile wie auch bedarfsgerechte und wirtschaftliche gesundheitliche Versorgungs- und Förderangebote schaffen.

Umfassenden gesundheitspolitische Strategien und Maßnahmen können mittel- und langfristig gesundheitliche Ungleichheiten verringern. Wirksame Strategien müssen in einem ersten Schritt Klarheit darüber schaffen, inwieweit wichtige Entscheidungsträger und betroffene Bevölkerungsgruppen über das Ausmaß gesundheitlicher Ungleichheiten informiert sind. Auf der Basis eines wissenschaftlich fundierten und breit gestreuten Wissens müssen sodann wirksame Prozesse politischer Willensbildung in Gang gesetzt werden. In einem nächsten Schritt gilt es, regionale und lokale Programme bzw. Projekte zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage sozial schwacher Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Diese sollten auf eine deutliche und dauerhafte Verbesserung gesundheitsbezogener Lebensstile in wichtigen sozialen Kontexten wie Schulen, Betrieben, Städten und Gemeinden ausgerichtet sein. Erst danach kann es gelingen, vernetzte Strategien und Programme in großen gesellschaftlichen Sektoren aufzubauen. Dazu bedarf es einer langfristigen und nachhaltigen Gesundheitspolitik, der die Verringerung sozialer Ungleichheit im Gesundheitsbereich ein vorrangiges Anliegen ist.

Unser heutiges Wissen über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die Gesundheitschancen breiter Bevölkerungsschichten zu verbessern, ist begrenzt. Wir wissen nicht, in welchem Umfange die großen Unterschiede abgebaut werden können. Eines scheint aber sicher zu sein: Die vorhandenen Potentiale zur Schaffung von mehr Chancengleichheit im Gesundheits- und Sozialbereich sind bei weitem nicht ausgeschöpft.

Univ.-Prof. Dr. Richard Noack

Univ.-Prof. Dr. Richard Noack hat das Studium der Medizin in Deutschland und das Studium der Sozialwissenschaften in den USA absolviert. Er ist Experte im Bereich der Sozialmedizin und Medizinsoziologie und hat unter anderem die Abteilung für Gesundheitsforschung des Instituts für

Sozial- und Präventivmedizin in Bern aufgebaut. Univ.-Prof. Dr. Richard Noack ist gegenwärtig Vorstand des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie der Karl-Franzens-Universität, Graz, und Mitglied des Projektbeirates des Fonds Gesundes Österreich sowie Vize-Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Gesundheitswissenschaften und Public Health. Er arbeitet in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeitsgruppen mit und ist im Gutachterkreis der deutschen Forschungsverbände Public Health tätig. Sein Engagement im Fonds Gesundes Österreich begründet Univ.-Prof. Dr. Richard Noack so: „In meiner wissenschaftlichen Arbeit befasse ich mich mit den Beziehungen zwischen Gesundheit und Gesellschaft. Meine Tätigkeit im Fonds gibt mir die Gelegenheit, die theoretischen Erkenntnisse mit der Praxis der Gesundheitsförderung zu verbinden.“